JULIUS KALISKI · FREIWILLIGER ARBEITSDIENST

INTER den deutſchen Reſolutionen zur Abrüſtungspolitik in Genf ſteht eine Einheitsfront ‹die durch die Ausſichtsloſigkeit ihrer Stellung und die Unfruchtbarkeit ihrer Parolen nicht beirrt wird›. Für eine Abrüſtung unſeres Arbeitsloſenheers haben wir es noch nicht zu einer Einheitsfront gebracht. Soll man annehmen, daß dieſe Abrüſtungspolitik, die einzig mögliche und lebensnotwendige, als weniger dringend empfunden wird? In jedem Fall wird ſie weniger leidenſchaftlich betrieben. Immerhin ſcheint in der jüngſten Zeit auf einem bisher beſtrittenen Gebiet eine gewiſſe Annäherung erfolgt zu ſein: in der Frage des Freiwilligen Arbeitsdienſtes. Der Vorwärts hat ſich nach langen Kämpfen mit den üblichen Beteuerungen eiſerner Unnachgiebigkeit gegen den Freiwilligen Arbeitsdienſt am 19. Mai zu einer poſitiven Auffaſſung entſchloſſen und dieſe Änderung der Haltung folgendermaßen begründet:

»Der Freiwillige Arbeitsdienſt iſt kein bloßes Programm mehr. Faſt 60 000 junge Menſchen ſind bis heute im Freiwilligen Arbeitsdienſt tätig geweſen. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat mit § 139a des Geſetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitsloſenverſicherung die notwendigen geſetzlichen Vorausſetzungen geſchaffen, indem ſie die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienſtes der Reichsanſtalt übertrug. Selbſtverſtändlich darf man an die wirtſchaftlichen Möglichkeiten des Freiwilligen Arbeitsdienſtes keine phantaſtiſchen Vorſtellungen knüpfen. Schon die eingangs mitgeteilte Zahl beweiſt, daß im Freiwilligen Arbeitsdienſt nur Bruchteile der Arbeitsloſen erfaßt werden können. So gewiß auch die kriſeneindämmende Rückwirkung des Freiwilligen Arbeitsdienſtes, zumal er ja nur nach Artikel 1 der Ausführungsverordnung vom 3. Auguſt 1931 für gemeinnützige zuſätzliche Arbeiten eingeſetzt werden darf, volkswirtſchaftlich nicht ſehr erheblich iſt, ſo liegt die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienſtes in der politiſch-pädagogiſchen Sphäre. Junge Menſchen, die oft ſeit Jahren arbeitslos waren und vielfach der Gefahr ſeeliſcher Abſtumpfung oder politiſcher Überradikaliſierung erliegen, lernen wieder die erfüllende Wirkung einer geſunden Arbeitsordnung kennen. Einer geſunden Arbeitsordnung! Jede Verbindung des Freiwilligen Arbeitsdienſtes mit militäriſchem Drill, Unteroffiziers- und Feldwebelherrſchaft muß entſchieden abgelehnt werden. Sicherlich war dies vor allem der Grund für die zunächſt zögernde Haltung der Freien Gewerkſchaften gegenüber dem Freiwilligen Arbeitsdienſt. Daß die lohnpolitiſche Seite des Problems jederzeit ‹trotz der ausdrücklichen Beſtimmungen über den zuſätzlichen Charakter des Arbeitsdienſtes› kontrolliert werden muß, verſteht ſich ja von ſelbſt.«

Dieſer Erklärung des Vorwärts ging am 12. Mai in ſeiner Spätausgabe Der Abend eine ſympathiſche Betrachtung Kurt Bleys über »Erfahrungen eines Republikaners« in einem vom Deutſchen Republikaniſchen Studentenbund geſchaffenen Arbeitslager im Emsland voran. Der Verfaſſer bezeichnet das Lagerexperiment als geglückt, meint, daß ihm ohne Zweifel zahlreiche Fortſetzungen folgen werden, und faßt ſeine Erfahrungen dahin zuſammen:

»Sind die notwendigen Sicherungen gegen eine reaktionäre Ausdeutung des Arbeitsdienſtes geſchaffen, dann kann die Bewegung außerordentlich ſegensreich wirken. Ihr großer ſozialpädagogiſcher Wert ruht darin, daß der erwerbsloſe Jugendliche aus der Lethargie dauernden Nichtstuns herausgeriſſen wird und im Kreiſe gleichaltriger Kameraden und Genoſſen ſinnvolle Beſchäftigung findet. Die erſchütternden Fälle aſozialer Jugendlicher, wie ſie gerade die letzten Tage zeigten, das erſchreckende Anwachſen der Tippelbrüder, die nach kurzer Zeit ins Lumpenproletariat herabſinken, ſprechen nur zu deutlich. Und iſt das Anwachſen des Nationalſozialismus unter jungen Proletariern nicht beſtimmend darauf zurückzuführen, daß der Jugendliche kein Klaſſenbewußtſein entwickeln kann, weil er noch niemals längere Zeit im Produktionsprozeß ſtand?«

Nach dem etwas langen Umweg über einen reaktionären Anſchlag durfte man alſo in dieſen Maitagen den Arbeitsdienſt ſchließlich als eine ſoziale Zweckmäßigkeit und Förderung der Republik betrachten. Zu der Erkenntnis,

daß der Arbeitsdienſt ſich aus ſozialiſtiſcher Einſicht als eine Selbſtverſtändlichkeit ergeben mußte, war der Vorwärts zwar noch nicht gelangt, getreu ſeiner Methode hatte er lediglich beſchloſſen, was er nicht mehr verhindern konnte; denn der Arbeitsdienſt hatte ſich auch gegen den Willen des Vorwärts bereits zu ſeiner geſicherten Bedeutung entwickelt. Zudem war aller Grund zu einer ſehr ſkeptiſchen Einſchätzung der bekundeten Meinungsänderung gegeben, weil ſich eine derartige Umſtellung vielfach nur als ein Etikettwechſel erweiſt. Um nur auf ein Beiſpiel von erheblicher politiſcher und wirtſchaftlicher Tragweite hinzuweiſen, ſei an die Annahme des neuen Agrarprogramms durch den Parteitag in Kiel erinnert. Die Praxis unſeres Zentralorgans blieb durch die agrarpolitiſchen Beſchlüſſe des Parteitags im Grunde unberührt, es trieb ſeine Agrarpolitik ruhig weiter wie ehedem: nach agitatoriſchen Bedürfniſſen, ganz gleich, ob ſie mit dem Geiſt des neuen Programms vereinbar waren oder nicht. Daß ſolche Skepſis auch in dem Fall des Arbeitsdienſtes angebracht war, ergab ſich mit überraſchender Schnelligkeit. Eine Veröffentlichung des Vorſitzenden des Deutſchen Baugewerksbunds Nikolaus Johann Bernhard gegen den Freiwilligen Arbeitsdienſt, den er Arbeit ohne Recht und ohne Wirtſchaftlichkeit nennt, ganz aus dem Ideenkreis heraus, den der Vorwärts am 19. Mai eben abgeſchworen hatte, gab dem ſelben Vorwärts Anlaß zu einem abermaligen Überzeugungsumſchwung. Am 25. Mai ſchrieb er im Anſchluß an die Ausführungen Bernhards:

»Weil ſich die Stimmen mehren, die dafür eintreten, daß man den ſogenannten Freiwilligen Arbeitsdienſt nicht einfach den Reaktionären als Verſuchsfeld überlaſſen ſoll, deshalb darf nicht angenommen werden, daß unſere grundſätzliche Gegnerſchaft gegen den Freiwilligen Arbeitsdienſt nicht mehr beſteht. Wir ſind nicht nur aus den von Genoſſen Bernhard angeführten Gründen nach wie vor grundſätzlich Gegner des Freiwilligen Arbeitsdienſtes. Wir lehnen ihn hauptſächlich deshalb ab, weil er die jungen Arbeitsdienſtwilligen von ihrem ⟨meiſt noch ungenügend erlernten⟩ Beruf entfernt und ſie wirtſchaftlich noch mehr herunterbringt. Denn der Verſchleiß an Wäſche, Kleidern und Schuhen iſt notwendig bei grober Arbeit ein großer. Die Wirtſchaftskriſe wird durch dieſe Art Arbeit eher verſchärft, weil der Anreiz zur Kapitalsanlage auf dem Baumarkt völlig verſchwinden muß, und weil die Kaufkraft in keiner Weiſe geſteigert wird.«

Vielleicht werden die Mitarbeiter der Sozialiſtiſchen Arbeiterzeitung dieſen erneuten Umſchlag als einen Erfolg ihrer Erziehungsbeihilfe für den Vorwärts betrachten. Auguſt Siemſen ſieht in einem am 15. Mai in der genannten Zeitung veröffentlichten ⟨in ſeiner Geſamttendenz übrigens durchaus richtigen, weil die nationaliſtiſche Einheitsfront aller Parteien zutreffend charakteriſierenden⟩ Artikel die Sozialdemokratiſche Partei in der Kataſtrophenfront, weil er ihr Eintreten für den Arbeitsdienſt kommen ſieht. Im ſelben Blatt ſtieß Paul Richartz am 19. Mai Schreckens- und Warnungsrufe aus, weil Carl Arnhold, der Leiter des Deutſchen Inſtituts für Techniſche Arbeitsſchulung, des ſogenannten Dinta, den Vorſchlag des Großinduſtriellen Albert Vögler unterſtützt, daß die jungen Menſchen, insbeſondere die Schulentlaſſenen, die ja in dieſem Jahr zu Tauſenden keine Lehrſtellen finden, zu einer praktiſchen Arbeitsſchulung herangezogen werden ſollen. In dieſer Arbeitsſchulung ſieht Richartz ein Muſter für eine Notverordnung zur Arbeitsdienſtpflicht. Menſchen mit geſunden Sinnen, vor allem Sozialiſten, werden auch die Vorſchläge zur ſogenannten Arbeitsſchulung mit Genugtuung begrüßen und ſich bemühen ihre Bedenken gegen deren kapitaliſtiſchen Mißbrauch, der ſelbſtverſtändlich verhütet werden muß, nur auf dem Boden der aktivſten Mitwirkung der Gewerkſchaftsleiter und der ſozialdemokratiſchen Führer zur

Geltung zu bringen. Leere Proteſte ſind hier höchſtens Manifeſtationen des eignen Unvermögens Ideen in die Tat umzuſetzen. Produktiv ſind ſie in keinem Fall; ſie vermögen am wenigſten etwas zu verhindern. Vor allem gilt das auch für die Gefahren einer Militariſierung des Freiwilligen Arbeitsdienſtes, die man befürchtet. Wer dagegen ernſtlich ankämpfen will, darf ſich eben der Leitung und Mitbeſtimmung nicht entziehen.

Die arbeitsloſe ſozialdemokratiſche Jugend hat die offizielle Genehmigung zum Freiwilligen Arbeitsdienſt nicht abgewartet und iſt, getrieben von dem Schaffensverlangen, das geſunden Menſchen innewohnt, vielfach ſchon zu ihm gegangen oder hat den Entſchluß bekundet ihn aufzunehmen. Die Notwendigkeit ſetzt ſich auch ohne obrigkeitliche Genehmigung durch und geht ihre eignen Wege. Eine andere Frage iſt es nur, ob die offiziellen Repräſentanten der Arbeiterklaſſe ſich damit abfinden wollen, daß die Bewegung immer ſchneller und breiter ſich an ihnen vorbeibewegt. Wenn die Möglichkeiten und Vorausſetzungen eines ſozialiſtiſchen Aufbaus ſeit dem politiſchen und militäriſchen Zuſammenbruch des Jahres 1918 nicht völlig überſehen worden wären, hätte auch die Frage des Arbeitsdienſtes das erforderliche Verſtändnis wenigſtens im Frühling des Vorjahrs finden müſſen, als die Dinge ſo weit gediehen waren, daß eine gewiſſe geſetzliche Reglung ſich als unumgänglich erwies. Damals, am 6. Juli 1931, ſchrieb ich in den Sozialiſtiſchen Monatsheften, in einem Artikel über die deutſche Not:

»Hier könnte der Freiwillige Arbeitsdienſt ⟨eine Einrichtung, die man jetzt diskutiert, und die man nicht a limine zurückzuweiſen brauchte, wenn man ſie nur in Einklang mit dem Klaſſenintereſſe der organiſierten Arbeiter bringt⟩ ein Rekrutierungsgebiet finden, das im übrigen auch noch ausgedehnt werden könnte. Zu denken wäre dabei auch an die unmäßige Überfüllung der Univerſitäten, die ſicherlich beträchtliche Studentenſchichten mit hohem Nutzen für die Wiſſenſchaft abgeben könnten. Es wäre auch ein ſchöner Beweis für eine richtige Selbſteinſchätzung der Studentenſchaft und ihrer Geiſtigkeit, wenn ſie dem Ruf des Freiwilligen Arbeitsdienſtes zahlreich folgte, um gleichzeitig auch den Übergang zu anderer und angemeſſener Berufstätigkeit zu finden. Eingeſetzt darf der Freiwillige Arbeitsdienſt natürlich nur auf Gebieten werden, deren ſich ohne den Arbeitsdienſt ſonſt niemand annehmen würde, alſo für Arbeiten, die nach menſchlicher Vorausſicht ſonſt ungetan blieben. Der vielfach üblichen Berechnung hoher Koſten des Freiwilligen Arbeitsdienſtes wird man füglich einige Zweifel entgegenbringen müſſen, aber um ſo mehr die Bedenken der Gewerkſchaften zu würdigen haben, daß der Freiwillige Arbeitsdienſt die Gefahren der Lohndrückerei, und dazu ſogar noch in organiſierter Form, erſtehen laſſe. Dagegen gibt es das wirkſame Mittel: daß unſere Arbeiterführer und Gewerkſchaftsleiter ſelber an die Spitze des Freiwilligen Arbeitsdienſtes treten und damit alle ſchädlichen Nebenwirkungen dieſer Bewegung ausſchalten.«

Damals dachte man nicht daran dieſe Anregung, deren Befolgung grade auch den Einfluß der Gewerkſchaften noch vergrößert hätte, zu befolgen.

Weshalb dieſe Enthaltſamkeit? Kann man ſich darüber durch den Einwand tröſten laſſen, daß zum Kampf gegen den Fluch der Arbeitsloſigkeit der vielen Millionen etwa Aktionen erfolgt wären, die größer, ſtärker, nachhaltiger und wirkſamer geweſen wären? Nichts von Bedeutung iſt geſchehen. Mag man auch die Wirkung einer 40-Stunden-Woche und der Arbeitsbeſchaffungsanleihe ⟨die beſtenfalls eine Wiederaufnahme von Notſtandsarbeiten ermöglichen wird⟩ noch ſo hoch einſchätzen und noch mehr überſchätzen als es vielfach geſchieht: ſteht denn das eine dem andern im Weg? Inzwiſchen ſind noch immer 800 000 Jugendliche ohne Arbeit im Land, die nicht nur wirtſchaftlich leiden ſondern in geiſtigen und ſeeliſchen Nöten vergehen. Über die Tragik des Lebens dieſer jungen Menſchen iſt lange genug

geſchrieben und geſprochen. So gewiß es iſt, daß Menſchenkraft bei höchſter Anſpannung des Willens und Wollens der Nation es vollbringen könnte das Arbeitsloſenheer Deutſchlands abzurüſten, ſo viel ſicherer iſt es noch, daß es nur erheblich geringerer Anſtrengung bedürfte, um das Schaffensverlangen der jungen Arbeitsloſen zu erfüllen, ſie Arbeitsgemeinſchaften einzufügen, um ihr Leben wertvoll zu geſtalten: für ſich ſelbſt und für die Nation.

Aber man wird auch dieſe ſchaffensdurſtige Jugend täuſchen, wenn man ihr die Tatſache vorenthält, daß der Boden einer geordneten Arbeit nur durch einen deutſch-franzöſiſchen Ausgleich im Sinn einer wirklichen und wahrhaftigen Zuſammenarbeit beider Völker bereitet werden kann. Aber grade um dieſen Punkt geht man auch in unſerm Lager ängſtlich herum. Man faßt Arbeitsbeſchaffungsreſolutionen, ohne die außenpolitiſche Vorausſetzung der Arbeitsbeſchaffung zu erwähnen. Wer die lebenshungrige Jugend nicht um ihre Zukunft bringen will, hat die Pflicht vor allem ſich ſelbſt nicht der Tatſache zu verſchließen, daß eine europäiſche Wiederaufbaupolitik allein die Arbeitsmöglichkeiten erſchließt, die für das deutſche Volk in naher Zukunft Arbeit und Freiheit zu bringen vermögen.

HUGO HORWITZ · SELBSTBEFREIUNG DEUTSCHLANDS

MAN muß ſich klar darüber ſein: Mit gütlichem Zureden und freundlichen Friedensſchalmeien ſind die Gegenſätze zwiſchen den Völkern nicht aus der Welt zu ſchaffen. Und wenn wir uns gegen das mißſchaffene Heldentum "nationaler" Kreiſe wenden, ſo iſt es damit nicht unſere Abſicht das Heldiſche als einen menſchlichen Grundwert zu leugnen.

Das Problem unſerer Zeit ſtellt ſich uns, auf eine ganz kurze und vorläufige Formel gebracht, in großen Zügen ſo dar: Es ſcheint heute keine gewachſenen Individualitäten zu geben, ſondern nur mehr oder weniger brauchbare und in rational begrenzter Zahl verwendbare Glieder im Produktionsprozeß und in den organiſatoriſchen Einheiten, alſo in Zweckgebilden, die allem unmittelbaren Menſchſein äußerlich ſind. Oder wenigſtens ſucht der moderne Organiſations- und Produktionsapparat derartiges zu züchten. So iſt der Menſch aus ſeinem "Schickſal" herausgelöſt. Er hat nicht Beruf im Sinn von Berufung, Perſonprägung und Werkprägung; er hat nicht Eigentum als durch Geſchlechter erworbenen und vererbten Selbſtausdruck, nicht Geſicht, Geſte, Haltung, die durch Religion, Adel und künſtleriſchen Ausdruck getragen ſind. Eigentum iſt Ware; Parvenus, Décadents, Äſtheten und "Kunſtkenner" machen ſich in den Gehäuſen früherer menſchlicher Seinshaltung breit. Jede echte Seinshaltung aber bedeutet eine Verantwortung. Dieſe ſpezifiſche Seinshaltung einer Kulturgemeinſchaft, ihr Stil, trägt die Geſellſchaft, trägt den Staat, trägt das Volk, mag er es meiſt in noch ſo bedrückender und fragwürdiger Form getan haben. Einwände dieſer Art richten ſich mit Recht gegen ſeine jeweils begrenzte, niemals vollkommene Ausprägung im Tatſächlichen, gegen ſeine Rangſtufe, nicht gegen ſeinen allgemeinen Sinn.

Einen Stil, der von einer umſchloſſenen Kultur früherer Art getragen wäre, gibt es anſcheinend nicht mehr. Doch anderes, zuletzt Tieferes und dem Menſchlichen Näheres kündigt ſich an. Was zunächſt geblieben iſt, ſind die